

12. Kreislaufwirtschaft – Dynamik im Bereich Kunststoffe und Getränkekartons

Postulat Daniel Rensch (GLP, Zürich), Walter Meier (EVP, Uster), Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) vom 30. Januar 2023

KR-Nr. 31/2023, RRB-Nr. 349/22. März 2023 (Stellungnahme)

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Motion wurde vorhin beim Bock in ein Postulat umgewandelt. Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird ein Ablehnungsantrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Wir sprechen hier über ein Postulat, ehemals eine Motion, zur Kreislaufwirtschaft, und ich habe mir die Stellungnahme des Regierungsrats sehr gut angeschaut, und er sagt ganz richtigerweise, er könnte heute bereits eine solche Sammelpflicht einführen, wie sie gefordert wird, könnte das auf Verordnungsstufe machen. Er nennt aber auch gute Gründe, weshalb er das als nicht nötig erachtet, denn es läuft bereits sehr viel auf Verwaltungsstufe und auf politischer Ebene, allem voran die Revision des nationalen Umweltschutzgesetzes. Da wird das genau gleiche Thema verfolgt, eine kantonale Regelung ist also schlicht nicht nötig. Dann gibt es auch diverse Bestrebungen mit der Branche, mit den Verbänden. Da ist zum einen die Kooperationsvereinbarung genannt zwischen dem Branchenverband und der Baudirektion.

Ratspräsident Jürg Sulser: Herr Bamert, verlangen Sie Nichtüberweisung?

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ja, ja, Entschuldigung.

Ratspräsident Jürg Sulser: Dann hat zuerst Daniel Rensch das Wort. Bitte anmelden.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Wir sind alle mässig verwirrt, kein Problem. Wir diskutieren jetzt trotzdem.

Seit Ende 2022 ist die Kreislaufwirtschaft in der Kantonsverfassung festgeschrieben. Wir diskutieren hier drin schon lange darüber, wo wir Kreislaufwirtschaft voranbringen sollen. Dabei liegt eine wirksame Massnahme bereits schon längerem auf der Hand, und wir könnten sofort damit beginnen. Wir sollten damit anfangen, Plastik getrennt zu sammeln, statt ihn in den Hausmüll zu werfen.

Im Bereich der Kunststoffe in Haushaltungen und der Getränkekartons besteht nämlich ein grosses ungenutztes Potenzial. Weniger als 5 Prozent der vorhandenen gemischten Kunststoffe und etwa ebenso viel der Getränkekartons werden derzeit schweizweit separat gesammelt. Über 90 Prozent der Kunststoffabfälle werden energetisch verwertet, sprich verbrannt. Mit den heutigen Technologien wäre eine Verwertungsquote von 55 Prozent möglich. Würde man die Verpackungen recyclingfähig entwickeln, kann diese Quote noch weiter gesteigert werden.

Die Motion, die jetzt in ein Postulat umgewandelt wurde, die ich von meiner Kollegin Franziska Barmettler übernehmen durfte, fordert den Regierungsrat auf, eine entsprechende gesetzliche Grundlage und die Festlegung einer Recyclingquote für Kunststoffabfälle und Getränkekartons zu schaffen. Zudem soll eine Sammelpflicht für Gemeinden und Branchen eingeführt werden, wenn die Recyclingquote nicht erreicht wird.

Seit der Einreichung der Motion lief zwar sehr viel in diesem Bereich. So will der im November 2023 gegründete Verein RecyPac gemeinsam mit grossen Detailhändlern und Verpackungsherstellern bis 2030 ein schweizweites Sammelsystem aufbauen. Das Problem ist aber, dass niemand sammeln will, bevor es keine grosse Sortieranlage in der Schweiz gibt, und niemand will eine grosse Sortieranlage bauen, bevor das Sammelvolumen nicht garantiert sind. Eine klare Sammel- und Wiederverwendungsquote wäre deshalb ein starkes Signal an den Markt und würde Investitionssicherheit schaffen, auch für zukünftige Branchenlösungen und die Entwicklung von intelligenten Sortieranlagen. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass dank solcher Vorgaben freiwillige Branchenlösungen gestärkt wurden, was die Einführung von flächendeckenden und kosteneffizienten Sammlungen begünstigte.

Der Regierungsrat, Ueli Bamert hat es schon gesagt, kommt zum Schluss, es sei auf kantonaler Ebene keine neue gesetzliche Grundlage dafür nötig. Diese Rückmeldung freut mich natürlich umso mehr, dass das Ziel der Motion, eine möglichst hohe Kunststoffwiederverwertung zu erreichen, nicht wegen eines langwierigen Gesetzesprozesses noch stärker verzögert wird.

Fazit: Es braucht ein Ziel, damit man sich bewegt. In diesem Sinne sind wir mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden mit den klaren erreichbaren Zielen, verbunden mit einer Überprüfung und Anpassung der Abfallverordnung. Diese braucht es nämlich. Danke.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich versuche es nochmals, ich spare mir die Begrüssung und entschuldige mich für die Verwirrung. In der Traktandenliste heisst es Postulat, doch vorhin wurde darauf hingewiesen, dass die Motion eben erst in ein Postulat umgewandelt wurde. Tut mir leid, auch nach 6 Jahren kann man sich noch irren.

Also, ich habe bereits ausgeführt, wir haben ja schon auf nationaler Ebene eine Revision des Umweltschutzgesetzes. Da geht es also in die richtige Richtung, eine kantonale Lösung ist schlicht nicht nötig. Und es gibt diverse Vereinbarungen zwischen der Branche und den Gemeinden, beziehungsweise eine Vereinbarung zwischen der Branche und der Baudirektion, die bereits in diversen Gemeinden zu freiwilligen Lösungen geführt hat, oder auch ein Projekt des nationalen Dachverbandes, welches dasselbe Ziel verfolgt. Wir sind also ebenfalls der Meinung, es ist keine kantonale Lösung nötig.

Wir lehnen aber auch ein Postulat ab, denn wir lehnen den Leerlauf ab. Wir haben heute wieder gesehen: Was passiert denn mit diesen Postulaten? Jawohl, wir reden heute gross, wir überweisen diese, dann gibt es ein Berichtli und in ein paar Monaten oder vielleicht Jahren schreiben wir es dann ab. Diesen Leerlauf lehnen wir

einfach ab. Es läuft genug. Wir lehnen diese aber auch aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Wir sehen einfach keinen gesetzlichen Zwang hier.

Sie kennen, wenn Sie ein solches Ziel erreichen wollen, immer nur die Regulierung. Ich bin jetzt doch schon fast 2 Jahrzehnte bei diesem ganzen Geschäft dabei, und immer spricht man von Regulierung, von administrativem Aufwand und von einem wachsenden Staat. Natürlich können Sie hier sagen, für dieses Thema, da braucht es zusätzliche Regeln. Aber jede noch so kleine Regulierung führt einfach zu immer mehr Staat, zu immer mehr Aufwand, Mehraufwand, zu immer mehr Kosten. Hier würde es ganz konkret zu Kosten für die Gemeinden führen.

Ich bin in den letzten paar Wochen eigentlich froh, man hat viel Überregulierung gesprochen. In den USA wird sehr viel über Verwaltungsaufwand und steigende Kosten gesprochen, die man senken möchte. In Deutschland hat man jetzt im Wahlkampf eigentlich die ganze Zeit von einem Staat gesprochen, der einfach alles erstickt mit zu viel Regeln und Regulierung. Und Sie kommen auch ihr drin immer mit weiteren Regulierungen. Das lehnen wir einfach aus Prinzip ab.

Ausserdem Stichwort «Freiwilligkeit» der Branche. Es gibt sehr viele grosse Player, die heute schon sehr viel auf freiwilliger Ebene machen, beispielsweise Macdonalds gibt an, 95 Prozent ihrer Verpackungsmaterialien sind aus nachwachsenden Rohstoffen. Auch andere Grosskonzerne arbeiten wirklich intensiv an umweltfreundlichen Materialien und generell daran, die Verpackungsmenge zu vermindern. Freiwilligkeit, Selbstverantwortung, das ist auch in diesem Bereich das richtige Mittel, nicht immer mehr Regeln und Vorschriften.

Und was mich besonders geärgert hat in der Begründung zu diesem Vorstoss, ist, wenn Sie von Regulierung sprechen, auch wenn es um Klimaschutz und all diesen Dingen geht, dann reden Sie immer von Planungssicherheit. Ja, dann haben Sie Planungssicherheit, wenn es wieder eine neue Regulierung gibt. Zu jemandem, der zu einem Gefängnisaufenthalt verurteilt wird, könnte man auch sagen, «ja, du musst dir keine Sorgen machen, du hast jetzt immer Planungssicherheit betreffend Wohnsituation». Also diese Argumentation, die verfängt einfach überhaupt nicht. Wir lehnen dies aus Prinzip ab. Besten Dank.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Werter Herr Bamert, Glatteis, dieses Regulierungsthema, Regeln und Prozesse in einer Bürokratie sind kein Selbstzweck, das wissen Sie hoffentlich auch, sondern sie helfen der ausführenden Staatsgewalt, dass die Leute sich an die Gesetze halten, die man vorher beschlossen hat. Ich denke, das ist durchwegs im Sinne des Parlaments, im Sinne der Demokratie. Deshalb ist das Glatteis.

Aber wir wollen ja nicht über die Regulierung als solche sprechen, sondern zurück zum Thema, nämlich zur Kunststoffsammlung. Sie waren sicherlich im letzten Sommer oder in den Herbstferien unterwegs, vielleicht auch im EU-Raum, vielleicht auch im viel gescholtenen Deutschland. Auffällig ist im EU-Raum, wie viele öffentliche Sammelstellen für Kunststoffe und Getränkeabfall, Karton es gibt, nicht immer auf freiwilliger Basis, wie wir uns das wohl wünschen würden – da gebe ich Herrn Bamert recht –, sondern weil die EU eine Verwertungsquote vorschreibt. Wir hier im Kanton Zürich tun uns noch ausserordentlich schwer mit

der flächendeckenden Sammlung von Kunststoffabfällen. Klar, es sind gute Resultate, vor allem mit der Sammlung vom PET-Abfall, und ja, es sind kleine Pflänzchen am Wachsen, wenn es um die Sammlung bei Grossverteilern geht. Was aber, werte Damen und Herren, machen Sie, wenn es in ihrer Gemeinde keinen Grossverteiler gibt. Und das gibt es im Zürcher Oberland sehr wohl. Die Gemeinden jedenfalls schaffen es nur mit Mühe trotz Hilfen durch die Industrie – und als Beispiel bleibe ich im eigenen Gärtchen, in Schlieren oder im Limmattal –, auch nur einigermaßen sinnvolle Sammelnetze zu bauen. Nun, wir haben es gehört, es gibt langsam ein gewisses Silberstreifchen am Horizont: Unter der Federführung der Branchenorganisation RecyPac wurde eine gesamtschweizerische Lösung für die Kunststoffsammlung ausgearbeitet. RecyPac will ein dichtes Netz an Sammelstellen aufbauen, löblich, damit die Rückgabe der Sammelsäcke so einfach wie möglich ist. Um diesem Kreislaufsystem aber Schub zu verleihen, ist ein möglichst schnelles und flächendeckendes Wachstum angesagt. Es haben sich aber erst wenige Gemeinden im Kanton Zürich – ich glaube es sind 4 oder 5 bis anhin –, zu einer Konzessionierung des Sammelsystems bereit erklärt. Das vorliegende Postulat, zusammen mit der Arbeit des Regierungsrats, kann hier helfen, ohne grosse Bürokratie dieses Sammelsystem aufzubauen. Wir werden entsprechend das Postulat überweisen.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Ich halte es etwas weniger pathetisch in Bezug auf die ganze Regulierungsfrage, aber auch in Bezug auf die ganzen zarten Pflänzchen, die da erwähnt worden sind. Die FDP unterstützt ja grundsätzlich jede am Markt sich etablierende Recycling-Lösung. Das ist uns wesentlich sympathischer als eine gesetzliche Quote. Der Vorstoss, über den wir hier sprechen, der oszilliert ja irgendwie zwischen diesen beiden Polen hin und her: Gesetzliche Quote war gefordert gewesen, aber doch will man den Markt bedienen. Das ist eigentlich der Pferdefuss dieses Vorstosses. Noch mittels Motion war gefordert worden, eine Sammelpflicht für Kunststoffabfälle und Getränkekartons für Gemeinden und Branchenorganisationen einzuführen, falls eine bestimmte, noch zu definierende Recyclingquote nicht erreicht werden würde. Das ist also quasi ein Malus-System, wenn nicht freiwillig genügend gesammelt wird, dann kickt die Sammelpflicht ein.

Die Regierung hat das in ihrer Stellungnahme sehr gut dargelegt. Es ist keine gesetzliche Anpassung nötig, um das Sammeln in dieser Hinsicht zu fördern. Sie ist ja nach eigener Aussage auch daran, Massnahmen zu prüfen, um eben auf eine niederschwellige Art und Weise förderliche Rahmenbedingungen für das Sammeln von Kunststoffen zu schaffen. Das unterstützen wir. Wir sind grundsätzlich der Meinung, Plastik-Recycling-Anteil gehört erhöht in der Schweiz, im Kanton Zürich. Es ist auch bereits gesagt worden, dass das national auch schon anerkannt worden ist. Im Sinne einer Auslegeordnung – was gibt es auch an freiwilligen Massnahmen? – unterstützen wir das Postulat, obschon, wie gesagt, dieser Vorstoss nicht in allen Facetten unseren Wünschen entspricht.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir Grünen, wir finden es ein bisschen schade, dass diese Motion jetzt zu einem Postulat abdeklasiert worden ist, denn: Was wird der Regierungsrat uns in einem Bericht zu einem Postulat mehr sagen können, als er uns schon in der Stellungnahme gegen die Motion mitgeteilt hat? Von daher wünsche ich mir eigentlich ein bisschen mehr Rückgrat, damit dann auch die Dinge, die man fordert, tatsächlich auch umgesetzt werden und nicht einfach ein zweites Mal nur ein Stück Papier befüllen.

Nun, Ziele, das ist ganz wichtig, Ziele braucht man, Ziele sind immer ein Commitment, eine Mehrheit in einer Gesellschaft, die uns sagen will, wohin wir gemeinsam und alle zusammenarbeiten wollen. Manchmal gibt es auch Selbstorganisation im Sinne von: Da passiert etwas und da zufälligerweise auch noch und dann kommt man in eine Richtung. Nun, Plastik-Recycling oder Kunststoff-Recycling, da ist das leider nicht der Fall. Da läuft es sehr langsam an. Und da haben wir Grüne ein Interesse aus verschiedenen Gründen, dass das Recycling und die für Wiederverwertung von Kunststoffen zunimmt. Das ist heutzutage noch nicht so eine einfache Geschichte, aber gerade deshalb sollten wir diesbezüglich Anstrengungen investieren. Einerseits kann man mit dem Kunststoff-Recycling CO₂, weitere CO₂-Produktion vermindern, denn die meisten Kunststoffe sind Erdölzeugnisse. Wenn wir das einfach verbrennen, dann müssen wir nachher das CO₂ in den Verbrennungsanlagen absaugen. Warum brauchen wir es nicht einfach wieder und behalten diesen Kohlenstoff im Kreislauf. Ich kann verstehen, dass Vertreter und Vertreterinnen der Erdöl-Lobby das nicht so gut finden, weil Erdölprodukte ja bekanntlich auf Erdöl basieren, das man gerne verkaufen möchte oder eben Erdölnebenprodukte.

Ein ideologisches Votum, das sich nur um Regulierungen, aber nicht um den eigentlichen Gehalt des Vorstosses dreht, tut eigentlich sehr wenig zur Sache. Das tönt mehr so nach einem Philosophie-Seminärli, wo man sich fragt, auf welche Weise man gewisse Dinge in der Gesellschaft am besten erreicht, über Regulierung oder über freie Tätigkeiten, freie Initiative. Da kann ich Ihnen sagen, wir wissen alle, dass beides sehr wichtig ist, dass es immer wieder Bereiche gibt, wo wir Übereinkünfte treffen miteinander und dort auch schauen, dass man sich dann auch mehr oder weniger daran hält, wenn man eine Übereinkunft getroffen hat. Aber selbstverständlich braucht es auch immer die Freiräume zur individuellen Ausgestaltung dieses Ziels. Und da haben wir ja für die Gemeinden die Möglichkeiten, dann auch mit ihren Recycling-Unternehmen Verträge zu schliessen und Recycling-Quoten festzusetzen.

Ich muss sagen, in meinem Bezirk funktioniert das schon relativ gut. Schneider Umweltservices, die bieten Plastiktüten an, wo die privaten Haushalte ihre Plastikabfälle darin sammeln können. Allerdings – und das dünkt mich ein Problem – es kommen sehr viel verschiedene Kunststoff-Typen in diesen Plastiksack hinein, und irgendjemand muss die wieder zerlegen, denn verschiedene Kunststoff-Typen haben auch verschiedene Eigenschaften. Also, da haben wir noch viel vor uns. Doch wir befürworten dieses Postulat grundsätzlich, auch wenn wir dessen Wirkung für viel geringer erachten als die Motion, deren Umwandlung in ein Postulat wir bedauern.

Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon): Wollen wir eigentlich Plastik sammeln, um unser Gewissen zu beruhigen, um noch mehr Plastik zu produzieren und konsumieren zu können? Fakt ist, dass immer mehr Plastik verwendet wird, und das liegt nicht nur am Bevölkerungswachstum. Werfen Sie einen Blick in die Supermarkttregale: Tomaten, Plastikschaalen, einzeln verpackte Guetzli ... Wie kaufen Sie ein?

Plastik-Recycling ist komplizierter als man denkt. Während Karton, Zeitungen oder PET-Flaschen einfach wiederverwertet werden können, besteht Plastik aus vielen verschiedenen Kunststoffen. Bevor es recycelt wird, wird es ins nahe Ausland transportiert, weil wir in der Schweiz keine entsprechenden Sortieranlagen haben. Dort muss es gereinigt, nach Grösse und Materialart sortiert und wieder zurück in die Schweiz transportiert werden. Und am Ende dieses aufwändigen Prozesses liegt ein Granulat von schlechterer Qualität vor, Hersteller bevorzugen jedoch neues Plastik. Dieses ist schlicht billiger und einfacher zu verarbeiten. Beachtenswert ist auch, dass ein Teil des Plastiks nach dem ganzen Sortier- und Waschprozess trotzdem verbrannt werden muss.

Aktuell scheint sich einiges zu verbessern. Seit Januar 2025 gibt es in der Schweiz mit der RecyPac-Sammlung ein einheitliches System zur Sammlung von Plastikverpackungen und Getränkekarton. Für den Erfolg braucht es die Bevölkerung, das Gewerbe, technologische Innovation und die Industrie. Das Plastikproblem wird uns noch lange beschäftigen. Die EVP unterstützt den Regierungsrat im Bestreben, weitere Fortschritte mit unserem Plastikproblem zu erzielen, und überweist das Postulat. Es ist zu hoffen, dass eines Tages mit einer schweizerischen Sortieranlage Plastik so recycelt werden kann, dass es auch ökologisch ist. Eine Sammelpflicht braucht es unserer Meinung nicht. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind Weltmeister im Sammeln von Papier, Glas, Batterien und wir werden es auch bei Plastik sein.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Also, wenn Sie hier von Freiwilligkeit beim Kunststoff-Recycling reden, kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung berichten, es funktioniert eben nicht wirklich. Obwohl ich selbst in einer Stadt lebe, in der die Infrastruktur gar nicht mal so schlecht ist, ist es als Haushalt auf Freiwilligkeit beruhend und ohne Pflicht ein grosserer Mehraufwand, Kunststoff zu recyceln. Da müssen Sie sich eben selber organisieren und brauchen eine entsprechende Sammelstelle in der Nähe, damit Sie ihren Kunststoff ordentlich recyceln können. Und wenn Sie diesbezüglich eine weitere Regulierung verteufeln, ist dies doch genau die Grundlage der Recycling-Erfolgsgeschichte in der Schweiz. Das Recycling beruht nämlich genau auf der gemeinsamen Verpflichtung – das ist vielleicht das falsche Wort –, Recycling beruht nämlich vielmehr auf dem gemeinsamen Verständnis, dass es halt eine Regulation braucht, damit dies eben gut funktioniert. Wie wir gehört haben, kann damit der Industrie garantiert werden, dass eine entsprechende Recyclingquote erreicht wird, dass in der Schweiz auch ein entsprechend effizientes Recycling-System aufgezogen werden kann.

Ich denke, mit diesem Postulat können wir dann entsprechend die Arbeit des erwähnten Vereins RecyPac unterstützen. Und wenn Sie dann noch auf das PET-Recycling – wir habe es vorhin gehört – zu sprechen kommen als privat organisierte, funktionierende Organisation, dann muss man auch erwähnen, dass dies auch erst auf politischen Druck hin aufgebaut wurde. Ob dieses Recycling dann so schnell funktioniert hätte, wäre dieser nicht gewesen, bin ich mir nicht ganz sicher. Deshalb ist dieser Vorstoss durchaus sinnvoll. Die Alternative Liste wird daher dieses Postulat überweisen. Wir hätten dies auch liebend gerne mit der ursprünglichen Motion getan. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 31/2023 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.